

**Beiträge ÖkoLinX-ARL
in der Fraktion
»ÖkoLinX-ELF im Römer«**

Wortprotokoll

über die

9. Plenarsitzung

der Stadtverordnetenversammlung

am Donnerstag, dem 27. Januar 2022

(16:12 Uhr bis 21:42 Uhr)

1. Feststellung der Tagesordnung.....	3
2. Mitteilungen der Stadtverordnetenvorsteherin	4
3. 7. Fragestunde (schriftlich).....	4
4. Verabschiedung der Tagesordnung II	39
5. Beschlussfassung in geheimer Abstimmung gemäß § 39a Absatz 3 Satz 2 der Hessischen Gemeindeordnung über die Vornahme der Wiederwahl des hauptamtlichen Mitglieds des Magistrats, Frau Stadträtin Dr. Ina Hartwig (Antrag NR 172 GRÜNE/SPD/FDP/Volt) (Ende der Amtszeit 14.07.2022).....	4
Stadtverordnete Tina Zapf-Rodriguez, GRÜNE:.....	5
Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:.....	7
Stadtverordnete Ursula Busch, SPD:	11
Stadtverordneter Michael Müller, LINKE.:	14
Stadtverordneter Yanki Pürsün, FDP:	16
Stadtverordneter Patrick Schenk, AfD:	17
Stadtverordneter Martin Frederick Huber, Volt:	19
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:	20
Stadtverordneter Mathias Pfeiffer, BFF-BIG:	23
Stadtverordneter Tilo Schwichtenberg, Gartenpartei:	26
Stadtverordneter Eyup Yilmaz, LINKE.:.....	28
6. Wiederwahl von Stadträtin Dr. Ina Hartwig.....	30
Stadträtin Dr. Ina Hartwig:	30
7. Beschlussfassung in geheimer Abstimmung gemäß § 39a Absatz 3 Satz 2 der Hessischen Gemeindeordnung über die Vornahme der Wiederwahl des hauptamtlichen Mitglieds des Magistrats, Herrn Stadtrat Mike Josef (Antrag NR 173 GRÜNE/SPD/FDP/Volt) (Ende der Amtszeit: 14.07.2022).....	31
8. Wiederwahl von Stadtrat Mike Josef	31
Stadtrat Mike Josef:	31
9. Beschlussfassung in geheimer Abstimmung gemäß § 39a Absatz 3 Satz 2 der Hessischen Gemeindeordnung über die Vornahme der Wiederwahl des hauptamtlichen Mitglieds des Magistrats, Frau Stadträtin Sylvia Weber (Antrag NR 174 GRÜNE/SPD/FDP/Volt) (Ende der Amtszeit: 14.07.2022).....	32

aber es ist etwas anderes, wenn man auch in der Verantwortung ist, das auch umzusetzen. Letztlich ist es euer gutes Recht, den zeitlichen Verzug einmal berechtigt, einmal nicht, von unserer Seite zu bemängeln. Ich nehme das ernsthaft zur Kenntnis. Das heißt aber nicht, dass hier nicht gearbeitet wird oder dass wir uns im Kreis drehen. Der Masterplan Mobilität ist ein prominentes Beispiel, der jetzt in der Öffentlichkeit ist und unfassbar wichtig wird für die Mobilitätspolitik der kommenden Jahre. Klar, das hat man nicht von heute auf morgen vorliegen. Darüber hinaus gibt es einige Anträge, an denen wir arbeiten. Ich verstehe, dass das unbefriedigend ist, aber es ist manchmal einfach so. Viel Streit und Auf-die-Bremse-Treten, wie es auch in vorherigen Koalitionen der Fall war, bringt uns nicht weiter. Am Ende zählen die guten Ergebnisse, die wir zustande bringen.

(Beifall)

Die Herausforderungen sind gewaltig und deshalb stellen wir uns diesen und schieben sie nicht auf. Deshalb haben wir diesen „nicht finanzierbaren Koalitionsvertrag“ auf die Beine gestellt. Würden wir zurückschrecken und uns mutlose Ziele setzen, die besser zu erreichen wären, aus Angst, Fehler zu machen, dann würden wir keine Politik machen, sondern Verwaltung, und das ist das Angebot, das Sie machen.

(Beifall)

Das ist auch der Wesensunterschied zwischen konservativen und progressiven Kräften. Wir haben einen Gestaltungsanspruch in dieser Stadt.

(Beifall)

Am Ende zählt auch nicht die Profilierung einzelner Parteien, entweder sind wir gemeinsam erfolgreich oder wir sind es nicht. Exakt in dieser Haltung wollen wir einen neuen politischen Stil prägen. Das ist das Eigentliche, was die Opposition so wurmt: dass wir - Yanki hat es schon angesprochen - geschlossen stehen, dass es von außen unbefriedigend scheint, dass man nicht die Details bekommt, die intern besprochen werden. Im Grunde ist das ein neuer politischer Stil, der unserer Stadt guttut.

(Beifall)

Wir haben vielleicht noch nicht alle großen Ziele erreicht, aber wir sind ein deutliches Stück vorangekommen im Vergleich zu den letzten Jahren. Wir haben jetzt bereits wichtige Leitplanken gesetzt, dazu ist ein Koalitionsvertrag auch da. Wir lassen uns da auch nicht von unsäglichen Instrumentalisierungen sehr wichtiger Angelegenheiten für sehr viele Menschen in dieser Stadt leiten, sondern setzen unseren Weg mit voller Kraft fort. Den Vorwurf, wir hätten keinen Kompass, kann ich nur zurückweisen, wir haben einen sehr klaren Kompass und sehr klare Ziele. Jedoch ist es in der Realität nicht so einfach, alles von heute auf morgen umzusetzen. Insofern bin ich froh, dass wir schon wichtige Leitplanken gesetzt haben.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteherin
Hilime Arslaner-Gölbasi:**

Danke schön! Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Zieran von ÖkoLinX-ELF. Bitte schön!

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:

Guten Abend allerseits!

Wir reden in einer Zeit der Klimakatastrophe, der Pandemie und der Verarmung, die in dieser Stadt stattfindet, die aber hier nicht wahrgenommen wird von denjenigen, die regieren. Die, die regieren, meinen, es geht darum, das Machbare zu machen. Man muss fleißig sein, der Fleiß der Dezernenten wird gelobt, die Verantwortung, in der wir stehen. Wir müssen der Verantwortung gerecht werden. Zu solchen Worten wie „volle Kraft voraus“ fällt mir nur ein: Hoffentlich ist das nicht die Titanic, die demnächst untergeht. Das ist alles ein großes Worttheater, sagt aber nichts über die Realität in dieser Stadt aus und will ihr auch nicht gerecht werden. Wenn ich das Machbare machen will, dann habe ich schon verloren. Die Klimakatastrophe durch das Machbare in den Griff bekommen - wie armselig ist das?

Das fängt bei solchen kleinen Anträgen an. Da wird hier gelobt bis zum Gehtnichtmehr und dann kommt eine Vorlage auf den Tisch. In der Überschrift lese ich, „erneuerbare Energien bei vereinseigenen Sportanlagen sollen gefördert werden“. Klasse! Ich lese weiter: Gasbrennwerttechnik soll eingesetzt werden statt erneuerbarer Energien, statt Solartechnik. Man weist die Koalition darauf hin, dass das ja wohl der falsche Weg ist, weiter auf die fossile Energie zu setzen. Das interessiert niemanden, das interessiert keine Sau. Man geht diesen Weg. Leute, ihr geht strukturell einen Weg, der sich nicht unterscheidet von dem, was vorher war. Die CDU greift ihr an, gut, sie war beteiligt, aber die GRÜNEN waren genauso beteiligt. Es gibt einen Weg aus der Vergangenheit. Es gibt aber auch einen Weg, der mit der Vergangenheit weiterschreitet. Es gibt eine Veränderung, aber nicht zum Positiven, sondern in Teilbereichen zum Negativen.

Fangen wir mit der Kultur an, mit einem tollen Zitat: Da bezeichnet die Dezernentin 2019 im Frankfurt Journal das Gebäude von Oper und Schauspielhaus als einen „demokratischen Ort“. Schöner Begriff. Die beiden Häuser nebeneinander zu haben, ist offenbar sehr sinnvoll. Es gibt viele Vorgänge, die ineinandergreifen, zum Beispiel teilt man sich die Werkstätten. Es gibt aber auch zahlreiche ästhetische Synergieeffekte. Das ist auch meine Position, darin stimme ich mit ihr überein, wunderbar. Und macht das die Dezernentin? Nein, die Entwicklung geht weiter. Was wird dann gepriesen? Dann kommen wieder die schönen Worte der Koalition: „Vision“ und „Kulturmeile“. Nein, die Häuser bleiben nicht beieinander. Sie wollen jetzt die kleine Oper zwischen die Kathedralen des Kapitals setzen und das heißt dann „Kulturmeile“. Eine völlig unwirtliche Straße, wo nur Hochhäuser stehen, soll zu einer Kulturmeile werden. Das ist einfach eine Wüste, eine kultur- und menschenleere Wüste, und die wird auch nicht besser, wenn ich da eine Oper reinsetze. Wenn das die strukturelle Entwicklung in Frankfurt ist, dann kann ich nur sagen: düster, düster! Wieder einmal werden nur die Interessen der einen Seite berücksichtigt - derer, die auch bei der Verarmung, wie das hier schon gesagt wurde, gewinnen. Wir haben auf der einen Seite eine Verarmung und es werden so kleine Sachen

wie der kostenlose Eintritt in Kultureinrichtungen nicht durchgesetzt. Auf der anderen Seite: Die, die etwas haben, bereichern sich noch. Das kann man in der Presse lesen, das ist alles schon dargestellt worden. Mehr will ich zum Thema Kultur gar nicht sagen. Keine Kostenlosigkeit, Bauen im Interesse bestimmter Gruppen in dieser Stadt, aber nicht im Interesse der Frankfurter Bürger.

Kommen wir zum nächsten Punkt. Es wurde gesagt, die Magistratsmitglieder sind wertschätzend, sie sind ausgleichend, sie sind dies und sie sind das. Als Personen kann man die Dezernenten ja schätzen. Das tue ich vielleicht zum Teil auch, aber darum geht es nicht. Es geht um ihre Einschätzung als Dezernenten. Es geht um die Einschätzung der Politik, die sie im Auftrag der Koalition durchzuführen haben. Die Schulpolitik geht strukturell weiter in die falsche Richtung, so wie die GRÜNEN das vorher vorgemacht haben. Mit dem Propagandawort „Vielfalt“ wird das Chaos im Schulbetrieb weitergeplant: Gymnasien, Grundschulen, was weiß ich noch alles, christliche Schulen und sonstige. Es gibt keine Linie, die endlich sagt, wir machen Schluss mit der Klassenschule, wir machen Schluss mit der Schule für die oberen Schichten, Schluss mit dem Gymnasium, wo auch mal ein paar Arbeiterkinder hingehen dürfen; wir machen eine Schule des sozialen Lernens für alle; wir fördern Integrierte Gesamtschulen. Aber die GRÜNEN sind ja heutzutage so versaut, dass das bei vielen gar nicht mehr in die Köpfe kommt. Bloß ausgleichen, bloß nicht entscheiden, bloß nicht in eine Richtung gehen, bloß nicht für die entscheiden, die sowieso schon weniger haben. Man könnte ja verlieren bei den Mächtigen dieser Stadt, die man meint zu brauchen. Die Integrierte Gesamtschule wird nicht entsprechend gefördert, wie sie gefördert werden müsste. Allein aus diesem Grund - weil sie das macht oder im Auftrag der Koalition machen muss - ist die Schuldezernentin für uns nicht wählbar. Auf Details will ich gar nicht eingehen.

Kommen wir zu dem entscheidenden Thema, der Stadtentwicklung, dem großen Wurf, der ja hier geplant ist. Ach nein, es geht ja gar nicht um den großen Wurf, es geht ja hin und her, einerseits das Machbare, andererseits die Visionen. Da müsst ihr euch auch mal entscheiden. Ich habe eher das Gefühl, es

geht um die Fortsetzung einer Interessenspolitik, auch in diesem Bereich, die sehr, sehr einseitig ist. Manchmal hört man in den Ausschüssen - ganz gut, wenn man da jetzt drinhängt - so Zitate, die ganz offen benennen, was in dieser Koalition gewünscht ist. Da greift Sebastian Papke von der FDP die LINKEN an und sagt so was wie: Ihr vertrittet ja nur Sonderinteressen. Ihr macht ja nur sozialen Wohnungsbau. Ihr vertrittet nur diese Menschen. Wir wollen bauen, bauen. Diesen Satz kennen wir schon von der SPD. Jetzt wird er von der FDP übernommen: Wir wollen für alle bauen, denn nur dann, wenn wir für alle bauen, also auch für Reiche, für die obere Mittelschicht, die mittlere Mittelschicht - scheißegal, ob 50.000 Sozialwohnungen weg sind -, wenn wir für alle bauen, dann gehen die Preise runter.

(Zurufe)

Ich höre dein Brüllen sowieso nicht.

Dann entspannt sich der Markt. So eine lächerliche These im Jahr 2022! Seit Jahrzehnten erleben wir das Gegenteil. Mit bauen, bauen kommen wir da nicht weiter. Wir brauchen sozialen Wohnungsbau. Das geschieht eben nicht durch den sozialen Dezernenten, dass das in dieser Richtung vorangetrieben wird. Er musste dazu gezwungen werden, Grünanlagen nicht zu zerstören. Er wollte die grüne Lunge weiter bebauen. Er will im Nordwesten wertvollen Ackerboden und Frischluftzonen zerstören. Das ist die Grundlage seiner Politik. Sozialwohnungsbau? Das war ja schon in der letzten Legislaturperiode ein Thema. Sind wir da einen Schritt weitergekommen? Nein, wir haben keine Erhöhung der Anzahl an Sozialwohnungen, Frau Busch. Es steht alles so, wie es vorher stand. Wir kommen nicht weiter. Insofern bin ich diesem Interessensvertreter der FDP, der zufällig auch im Baugeschäft und im Immobiliengeschäft tätig ist, ...

(Zurufe)

... ihm bin ich sehr dankbar für die offenen Worte. All diese Sachen zeigen, dass man hier Gesellschaft nur von einer Seite sieht. Da werden Strukturen geschaffen wie Stiftungen, die werden hier immer hoch gelobt. In Wirklichkeit ist eine Stiftung häufig nichts anderes, als der Öffentlichkeit, den Steuer-

zahlern, die Verfügung über das Geld zu entziehen, die das Parlament hatte. Ein Beispiel ist die Stiftung Polytechnische Gesellschaft, die geschaffen worden ist. Da ist Geld von der Sparkasse in diese Stiftung statt an die Stadt geflossen. Es geht gar nicht darum, zu beurteilen, was sie da macht, aber es entscheiden nicht mehr demokratische Instanzen über die Verwendung des Geldes. Da gehen Hunderte von Millionen in die private Hand. Die fehlen heute natürlich für die Finanzierung vieler städtischer Vorhaben, die wir wirklich brauchen. Das ist also die falsche Politik der letzten Legislaturperiode, die strukturell etwas vorbereitet, die strukturell einschränkt und die auch die neue Koalition einschränkt. Sie schränkt sich selbst ein. Da ist trotz der Empathie, mit der das hier vorgetragen wird, nicht zu erwarten, dass die schönen Worte irgendwie in fortschrittliche Politik umgesetzt werden.

Und dann wird es richtig eigenartig: Diese Stiftung, dann diese Vorlage in Sachen Gasbrennwerttechnik statt Solarthermie unter der Überschrift „erneuerbare Energien“, und dann soll es noch so was wie einen klimagerechten und barrierefreien Platz geben. Der Paul-Arnsberg-Platz ist jetzt der erste Platz, der das sein soll. Mir wird richtig übel und schlecht bei dieser Propaganda, die davon absieht, was wirklich gemacht wird, die das zudeckt. Es wird nicht darüber geredet, warum. Es wird gesagt, da gibt es Anwohner, da gibt es eine Bürgerinitiative, wir müssen das machen. Gut, ich bin für Transparenz. Ich bin dafür, dass man Bürgerinteressen berücksichtigt, aber wir haben eine Klimakatastrophe. Bitte schön, ich möchte eine wirkliche Entsiegelung solch eines Platzes und nicht so eine Halbheit, hier mal ein bisschen weg und da mal ein bisschen weg. Seht euch die Planung an. Wenn man von einer Notwendigkeit der Entsiegelung Frankfurter Plätze ausgeht, ist das doch lächerlich. Wenn das das Vorbild ist, dann werdet ihr dreifach scheitern. Es wird keine Entsiegelung, es wird weiter mehr Versiegelung geben.

Dann die soziale Frage: Barrierefreiheit bei der Platzgestaltung. Das nervt mich schon bei den U-Bahn-Stationen, wo es nur einen Aufzug gibt. Wenn der kaputt ist, dann, sagt der Verkehrsdezernent, muss man sich damit abfinden, dann geht das eben nicht. Wenn man wirklich Barrierefreiheit will und wenn

man den öffentlichen Nahverkehr unter die Erde verlegt, was ich für völlig falsch halte, dann muss man auch einen zweiten Aufzug haben. Aber einen Platz so zu gestalten, dass behinderte Menschen, dass Menschen mit irgendwelchen Einschränkungen die gesamte lange Strecke - ich habe die Meterzahl jetzt nicht im Kopf - zurücklegen müssen, wo kein Zugang ist, das geht nicht. Da sind dann schöne Stufen als ästhetisches Element. Der Platz ist nicht an allen Seiten, an allen Ecken, für alle Menschen zugänglich. Nein, man muss sich in diese Eingänge zwingen, die von denen geschaffen werden, die nicht behindert sind. Die planen für die anderen Menschen und schränken deren Leben ein. Diese Einschränkung des Lebens im Sozialen wird auch fortgeführt.

Was für eine ökologische Katastrophe auf uns zukommt, ich glaube, das machen sich viele hier immer noch nicht klar, auch in der Koalition nicht. Die haben es nicht begriffen. Was wir in anderen Teilen der Welt sehen, wird auch hier bei uns kommen. Wir müssen da mehr aufpassen und tatsächlich handeln - handeln nicht im Sinne des Machbaren, sondern zu planen, wo wir das Unmögliche möglich machen können. Wenn ihr das nicht wollt, wenn ihr nicht in diese Richtung geht, dann wird diese Koalition mit all ihren Ansprüchen scheitern, auch wenn einige kleine vielleicht positive Brocken dabei übrigbleiben.

Danke!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteherin
Hilime Arslaner-Gölbasi:**

Danke schön! Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Pfeiffer von BFF-BIG. Bitte schön!

Stadtverordneter Mathias Pfeiffer, BFF-BIG:

Frau Stadtverordnetenvorsteherin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren!

Gestatten, Mathias Pfeiffer, Pfeiffer mit drei f, eins vor dem „ei“, zwei nach dem „ei“. Ich bin

heute schon gefragt worden, ob ich zwischen den Jahren zu viel Feuerzangenbowle geschaut hätte. Das ist nicht der Fall, aber nach Abschluss meiner Rede dürfen Sie mir gerne fröhlich „Pfeiffer, setzen Sie sich“ zurufen.

(Beifall, Heiterkeit)

Die heute zur Wiederwahl stehenden drei Dezernenten der SPD haben bei ihrer jeweils erstmaligen Wahl in den hauptamtlichen Magistrat beileibe kein leichtes Erbe angetreten. Zunächst einmal Sylvia Weber, die nach über 25 Jahren grüner Misswirtschaft im Bildungsdezernat eine marode Schullandschaft von ihren Vorgängerinnen Sarah Sorge und Jutta Ebeling vorfand. Just mit dem Amtsantritt von Stadträtin Ina Hartwig poppte das bereits seit 2013 vor sich hin dümpelnde Thema der maroden Doppelanlage der Städtischen Bühnen am Willy-Brandt-Platz auf, als nämlich die öffentliche Diskussion über deren Zukunft im Spätsommer 2016 eröffnet wurde, garniert mit dem brisanten Statement des Opernintendanten Bernd Loebe, dass der Spielbetrieb seiner Einschätzung nach nur noch für maximal fünf Jahre gewährleistet sei. Als Gründe dafür führte er seinerzeit die marode Haustechnik und den mangelhaften Brandschutz im Gebäude an.

Aber auch Stadtrat Mike Josef übernahm das Planungsdezernat zu einem Zeitpunkt, als sein Vorgänger Olaf Cunitz den Prozess des ebenfalls bereits 2014 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen integrierten Stadtentwicklungskonzeptes angestoßen hatte und das Bevölkerungswachstum der Stadt Frankfurt im Jahr 2015 gerade seinen Höhepunkt erreicht hatte. Sowohl meine Kollegin Ingeborg Leineweber, die in unserer Fraktion für Bildungspolitik zuständig ist, als auch ich in meiner Eigenschaft als planungspolitischer Sprecher der BFF-BIG-Fraktion können grundsätzlich resümieren, dass mit der Amtsführung sowohl von Frau Weber als auch von Herrn Josef eine effizientere und damit zügigere Arbeitsweise verbunden waren und dementsprechend in den letzten gut fünf Jahren auch entsprechend vorzeigbare Resultate in den Bereichen Schulbau sowie Planen und Bauen erzielt werden konnten. Dies gilt insbesondere auch dann, wenn man auf die erzielten Ergebnisse derer Vorgänger in den vorherigen Wahlperioden zurückblickt.

10. Wiederwahl von Stadträtin Sylvia Weber.....	32
Stadträtin Sylvia Weber:.....	33
11. Aushändigung der Ernennungsurkunden gemäß § 46 der Hessischen Gemeindeordnung an Frau Stadträtin Dr. Hartwig, Herrn Stadtrat Josef und Frau Stadträtin Weber.....	33
Oberbürgermeister Peter Feldmann:.....	33
Stadtrat Mike Josef:	35
12. Angsträume beseitigen - Frankfurt sicherer machen	35
Antrag der CDU vom 10.11.2021, NR 168	
Stadtverordneter Martin-Benedikt Schäfer, CDU:.....	35
Stadtverordneter Tilo Schwichtenberg, Gartenpartei:	36
Stadtverordnete Anna Nguyen, AfD:	37
Stadtverordnete Dr. Daniela Mehler-Würzbach, LINKE.:.....	37
Stadtverordnete Dr. Veronica Fabricius, CDU:	39
13. Ächtung des N-Wortes und des M-Wortes gemäß den Zielen der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Abstammung.....	40
Antrag der FRAKTION vom 03.12.2021, NR 198 <u>hierzu:</u> Antrag der CDU vom 12.01.2022, NR 231	
Stadtverordneter Nico Wehnmann, FRAKTION:.....	40
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ELF:	42
Stadtverordnete Anita Akmadza, CDU:	45
Stadtverordneter Michael Müller, LINKE.:	46
Stadtverordneter Haluk Yildiz, BFF-BIG:	47
Stadtverordneter Jumas Medoff, IBF:	49
Stadtverordneter Markus Fuchs, AfD:	49
Stadtverordneter Tilo Schwichtenberg, Gartenpartei:	51
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ELF:	51
Stadtverordneter Dimitrios Bakakis, GRÜNE:.....	52
14. Rodung des Rebstockwaldes verhindern	54
Antrag der Gartenpartei vom 14.12.2021, NR 210	
Stadtverordneter Tilo Schwichtenberg, Gartenpartei:	54

„Dieses Aufschieben des Antrags ist sehr verletzend für schwarze Menschen.“ Recht hat sie.

Stellen Sie, liebe Koalition, diesen Antrag heute zurück, so senden Sie, werte Kolleginnen und Kollegen, das eine Signal an die schwarzen Menschen in unserer Stadt, dass wir Politikerinnen und Politiker zwar immer von Diversität reden, wenn es aber darauf ankommt zu sagen: „Nein, wir dulden das M- und das N-Wort in Frankfurt nicht“, dann ist auf einmal die Selbstbeschäftigung in der Koalition wichtiger als das konkrete politische Statement. Das, meine Damen und Herren, ist scheinheilig.

(Beifall)

Dasselbe in Grün bei der Fraktion der GRÜNEN: Ihr Verhalten ist blamabel und inakzeptabel. Da werden Abgeordnete in der Fraktion sogar unter Druck gesetzt, nicht zu irgendeiner Sitzung zu kommen, damit der Koalitionsfrieden auf Teufel komm raus gewahrt wird. Das mit der Ausübung des freien Mandats nach bestem Wissen und Gewissen scheint bei den Bündnis-GRÜNEN eher lästig zu sein, wenn man erst einmal selbst an der Macht ist. Aber, liebe GRÜNEN, Solidarität ist manchmal mehr als hübsch designte Share-Kärtchen auf Instagram und Facebook, und jeder Versuch der Koalition, diesen Antrag als Schaufensterantrag zu diskreditieren, als Antrag, den es ja erst einmal mit Inhalten zu füllen gelte, ist ein durchschaubarer Versuch, die Handlungsunfähigkeit und die großen Brüche dieser Koalition zu übertünchen.

Wenn sich Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hinstellt und sagt, dass wir entschieden jeder Form von Rassismus und Diskriminierung entgegenzutreten sollen, dann haben Sie, meine Damen und Herren, hier und heute mit der Abstimmung zur Vorlage NR 198 die Möglichkeit, zu beweisen, dass Sie sich zum Wohle der Menschen in dieser Stadt haben wählen lassen und nicht zum Wohle von Machtoptionen einiger Parteien. Das Votum der Zurückstellung dient nur dazu, die gute Laune in der Koalition zu retten. Haben Sie auch nur eine Sekunde daran gedacht, wie eine Zurückstellung dieses Antrags bei schwarzen Personen ankommt, die heute mit dem N-Wort beschimpft werden? Nein, das haben Sie nicht, werte Koalition.

Das Einzige, was hier heute interessiert, ist, wie Sie sich mit Ihrer Koalition noch einigermaßen aus der Affäre ziehen können. An die Betroffenen denken Sie nicht.

Sie haben die Chance, heute mir und uns das Gegenteil zu beweisen. Ich beantrage gemeinsam mit der Fraktion von ÖkoLinX-ELF und einigen LINKEN die namentliche Abstimmung über die Zurückstellung dieses Antrages und möchte, dass wir über diesen Antrag heute abstimmen und ihn hier durchbringen und ein klares Zeichen gegen Diskriminierung setzen.

(Beifall)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Dr. Christoph Rosenbaum:**

Die nächste Wortmeldung kommt von der Stadtverordneten Ditfurth von ÖkoLinX-ELF. Bitte schön!

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ELF:

Einen schönen guten Abend!

In den vorderen Reihen gibt es gerade Streit darüber, was die GRÜNEN wohl bewogen hat, den Antrag zurückzunehmen. Ich will mich zur Sache äußern, hört vielleicht bitte einfach einmal zu. Streiten könnt ihr anschließend auch noch.

Das M-Wort ist identisch in seiner rassistischen Bedeutung mit dem N-Wort. Beide müssen geächtet werden. Der Versuch, das M-Wort zu retten, ist bornierte Besitzstandswahrung und Sorge um das eigene rassistische symbolische Kapital. In großen geschichtlichen Zyklen änderte sich die Wortbedeutung des M-Wortes bis etwa 1200 in der Auseinandersetzung zwischen Christentum und Islam, Byzanz und Kalifat, hatte aber auch der Maure keine gemeinsame Wortgeschichte mit dem M-Wort, auch wenn das später behauptet wurde. Auch der Schwarze Ritter, Mauritius - ich bin sicher, die AfD wird ihn erwähnen, um sich zu retten - ist Symbol der Missionierung und des Expansionismus der Stauer und des Christentums. Er hatte

also auch eine andere Bedeutung. Ab 1500 etwa - mit der europäischen Weltaufteilung, dem beginnenden Kolonialismus und dem Sklavenhandel - wurde das M-Wort identisch mit dem N-Wort und auch so verwendet. Ab Mitte des 18. Jahrhunderts finden wir in vielen - ich habe sie mir angesehen - Wörterbüchern, Universallexika und französisch-deutschen Übersetzungen - wo auch immer - ständig die explizite Erklärung, dass es sich bei dem M-Wort um dasselbe wie beim N-Wort handelt, um Schwarze Menschen mit der Herkunft aus Afrika, immer in abwertender Bedeutung zu bezeichnen.

Heute finden wir das rassistische M-Wort bei Apotheken, bei Schokolade, bei Brauereien, bei Straßennamen und so weiter. In jedem einzelnen Fall hat das M-Wort eine rassistische Herkunft und Bedeutung - in jedem einzelnen Fall, und mag sich auch die Schokoladenfirma XY oder die Brauerei mit dem Namen Soundso herausreden. Gräbt man, kommt man drauf.

Rassismus ist ein soziales Verhältnis, eine Methode, mit der Menschen auf Basis von biologischen, genetischen und kulturellen Unterstellungen kategorisiert und entwertet werden und die Herrschaft von Menschen über Menschen gerechtfertigt wird. Die Sklaven der griechischen Antike waren meist hellhäutig, galten als Barbaren und durften, so Aristoteles, aufgrund der ihnen zugeschriebenen biologischen Eigenschaften keine Vernunft haben, sondern nur Körperkraft, und das reichte, um sie mit militärischer Gewalt jederzeit ihrer Sklavenbestimmung zuzuführen.

Im Mittelalter galt der Adel als eigene „Rasse“, dem Bauern und Tagelöhner unterlegen waren. Franken und Gallier wurden als unterschiedliche „Rassen“ bezeichnet. Bald galten jüdische Menschen den christlichen Eliten als „Fremdrassige“. Rassismus war anfangs eine innereuropäische und innerweiße Kategorie, und immer ging es um die Biologisierung der vermeintlichen Minderwertigkeit anderer Menschengruppen, die man beherrschen wollte. Die Eroberung Konstantinopels durch die Türken im Jahr 1453 beendete die eingefahrenen Routen des europäischen Sklavenhandels von Würzburg, Lübeck und überall, wo es Sklavenhandel gab, mit hellhäutigen Menschen und den Handel zwischen Mittel-

meer - ihr seid sehr laut dahinten bei den GRÜNEN oder der CDU, ich kann es im Moment nicht unterscheiden - und Schwarzem Meer. Die Route war dann zu, und es begann der transatlantische Handel mit versklavten Menschen aus Afrika.

300 Jahre später, die überspringe ich einmal locker, machte sich der deutsche Weltgeist auf, Sklaverei, Kolonialismus und Imperialismus zu rechtfertigen, sodass christliche Moral und das Menschenbild der Aufklärung bei seinem Weg nicht störten. Immanuel Kant bezog sich auf den schwedischen Naturforscher Carl von Linné, der es schaffte, innerhalb von zehn Auflagen seines Buches Systema Naturae von 1735 - 34 Jahre bis zur zehnten Auflage -, irgendwie weiß werdende Europäer und irgendwie schwarze Afrikaner zu beschreiben und wen er noch alles anmalte, um am Ende dann nicht nur oberflächliche Hautfarbenbeschreibungen zu machen, sondern diesen auf 1.000 Seiten - am Anfang waren es zehn oder 15 gewesen - feste Eigenschaften und Wesenseigenschaften charaktermäßig zuzuschreiben. So entstanden „Rassen“. Die Weißen waren natürlich die größte und wichtigste „Rasse“ und die Menschen aus Afrika „schwarz, phlegmatisch und schlaff“, so unser Weltgeistdenker Immanuel Kant.

Um die Wilden aus dem Zustand ihrer Unterdrückung durch Faulheit und Genuss herauszuzwingen, musste die Aufklärung aus Europa über sie kommen, nicht um sie zu entwickeln - davon war anfangs einmal idealistischerweise die Rede, dann wurden sie als nicht entwicklungsfähige und den Tieren nahe Wesen beschrieben, was immer dieses Entwickeln auch heißen mag -, sondern um ihre Ausbeutung und Vernutzung bis auf die Knochen zu rechtfertigen.

Die Erfindung des Rassismus schieben Deutsche bis heute gerne dem Franzosen de Gobineau oder dem Engländer Chamberlain unter, aber viel gewaltiger ist die Bedeutung der deutschen Meisterdenker Immanuel Kant und Georg Wilhelm Friedrich Hegel. Ihr zitiert die hier manchmal gerne, aber sicher nie mit diesen Zitaten, die jetzt kommen.

Kant konstruierte kulturelle und soziale Hierarchie: „Die Menschheit ist in ihrer größten Vollkommenheit in der Rasse der Weißen.

Die gelben Indianer haben schon ein geringeres Talent. Die [N-Wort] sind weit tiefer, und am tiefsten steht ein Teil der amerikanischen Völkerschaften.“ Der afrikanische Kontinent war für unsere großen Denker, deren Traditionen sich gerne so viele verbunden fühlen, ein geschichtsloser und dessen Einwohner N-Wort, eine „Kindernation mit schlummern-dem Geist, ohne Fortschritt und Trieb zur Kultur, keiner Entwicklung und Bildung fähig“. Und Hegel sagte, bei - N-Wort - „ist nichts an das menschlich An klingende in diesem Charakter zu finden“.

Auf diese Philosophen bezog sich auch eine, die einige von Ihnen sehr schätzen, und Sie haben immer nur bestimmte Zitate von ihr gebracht und andere ausgespart: Hannah Arendt. Sie schrieb in ihrem berühmten Hauptwerk „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“, die ersten Europäer waren in Afrika und Australien mit Menschen konfrontiert, die weder menschliche Vernunft noch menschliche Empfindungen besaßen, die keinerlei Kultur, auch nicht eine primitive, hervorgebracht hatten und deren politische Organisation Formen, die wir auch aus dem tierischen Gemeinschaftsleben kennen, kaum überschritten. Der ganz banale Rassismus einer deutschen Philosophin.

Im US-amerikanischen Exil - weil manche sagen, dass es später bei ihr besser wurde - beobachtete Arendt die Bürgerrechtsbewegung der 60er-Jahre und entschied, dass die Schwarzen an ihren heruntergekommenen Stadtvierteln durch ihren Kampf gegen Rassismus selbst schuld waren, waren sie doch faul, langsam, nicht intellektuell, aber gewalttätig, und sie kämpften im Gegensatz zu den edlen weißen Studentinnen und Studenten nur für schnöde und materielle Interessen. Sie besaßen, sagt Arendt, „weder Kultur noch Geschichte, weder Kunst noch Literatur“. Aber sie konnte die Kunst nicht einmal erkennen. Sie besaßen, behauptete Arendt, keine intellektuellen Vorbilder und ihr Kampf um Befreiung sei lächerlich. Schwarze lebten nicht nur „außerhalb der Vernunft“, sondern auch „außerhalb der Sprache“, denn in jenem dunklen Kontinent ihrer Herkunft sei es ihnen nicht gelungen, eine menschliche Welt zu erschaffen. Keine Politik der Gleichheit könne, sagt Arendt, eine derartig „natürliche Ungleichheit“ mildern.

(Beifall)

Um zu schildern, wie sich der Rassismus nach der Befreiung vom NS-Faschismus im deutschen Bürgertum und leider auch in dessen angeblich aufgeklärtem Teil verbreitete ...

(Zurufe)

Der war nie weg. Es ist hier keine Zeit, das zu erklären. Ich lasse das, ich habe darüber ein Buch geschrieben. Ich erinnere nur daran, dass Die Zeit, die Zeitung des liberalen und aufgeklärten Teils dieses Bürgertums, 1969 titelte: „Sind [N-Wort] wirklich dümmer?“

Im deutschen Irrationalismus fand der Rassismus immer ein warmes und kuscheliges Nest. Rudolf Steiner, Chefguru der Anthroposophen, die uns heute als Teil der Coronaquerfront belästigen, propagierte die „Wurzelsassenlehre“ einer Anti-Evolutionsideologie, welche die Menschheit in sieben Wurzelsassen mit sieben Unterrassen aufteilte und das Aussterben der Minderwertigen, also der Juden, der indigenen Bevölkerungen und asiatischer Menschen, rechtfertigte. Ihr Aussterben sei eine karmische Notwendigkeit. Nur die Weißen - die Arier, die höchstentwickelte Gruppe - hätten die vollständige Ausprägung der denkenden Kraft. Ganz unten in der Hierarchie der N-Wort, der kaum denken könne, dessen Hinterhirn, schreibt Steiner, hitzebedingt dauernd koche und sein unmäßiges Triebleben befeue. Ein geradezu klassisches rassistisches Stereotyp, das wir in jedem deutschen Pogrom wiederfinden.

Ein deutscher Kolonialarzt schlug einmal vor, anstatt des Gehirns sich die Muskulatur des Schwarzen dienstbar zu machen oder, wenn man schon seinen Schädel verwerten will, ihn mit Trägerlasten anstatt mit Kulturbegriffen zu beladen.

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Dr. Christoph Rosenbaum:**

Frau Ditfurth, kommen Sie bitte zum Schluss.

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ELF:
(fortfahrend)

Oh, Mist. Na gut, dann melde ich mich gleich noch einmal.

(Beifall)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Dr. Christoph Rosenbaum:**

Danke schön! Die nächste Wortmeldung kommt von der Stadtverordneten Akmadza von der CDU-Fraktion. Danach spricht Michael Müller. Bitte schön, Sie haben das Wort!

Stadtverordnete Anita Akmadza, CDU:

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Jeder Mensch hat als gleich geachtet zu werden. Rassismus negiert diesen Achtungsanspruch und steht dem Menschenrecht damit fundamental entgegen. „Rassismus gibt es in verschiedenen Erscheinungsformen, beispielsweise sind in Deutschland Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma, People of Color, Musliminnen und Muslime, Menschen mit Migrationsbiografie und geflüchtete Menschen betroffen“, so das Deutsche Institut für Menschenrechte. Rassismus ist ein Diskriminierungsmuster und Ausdruck gesellschaftlicher Machtverhältnisse.

Hier spielt Sprache eine wichtige Rolle. Sprache ist ein Werkzeug und gibt uns die Möglichkeit, auch hier in unserem Gremium wertschätzend miteinander umzugehen. Wir können vermitteln, wir können verbinden, aber auch trennen und verletzen. Auch setzen wir als Gremium die Impulse, die unsere Stadt benötigt. Vor diesem Hintergrund stimmen wir als CDU-Fraktion dem Antrag NR 198 im Rahmen unseres eigenen Antrags zu. Die Ächtung der zwei Wörter sendet unter anderem ein Signal der Forderung der wertschätzenden Kommunikation auf jeglicher Ebene sowie den Wunsch der historischen Aufarbeitung und des ehrlichen Zuhörens.

Ich freue mich daher, dass Sie den Antrag gefunden haben. Die CDU-Fraktion möchte aber auch geeignete Maßnahmen für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt auf eine breitere Basis stellen. Es genügt nicht, Gruppierungen herauszuheben und gegen andere abzugrenzen. Jede Bürgerin und jeder Bürger Frankfurts hat schon Erfahrungen mit Diskriminierung erleben müssen, als Beobachter, als Täter und als Opfer. Ich empfinde es als bedenklich, dass Personengruppen Empathie oder das Denken abgesprochen werden. Ich sage es noch einmal: Empathie kann jeder empfinden, und das kann keinem abgesprochen werden. Wir sind eine Gesellschaft, die lernfähig sein sollte und lernfähig ist. Wir müssen daher einen offenen und zusammenführenden Kurs wählen, sodass wir als Frankfurter jeden Tag ein bisschen mehr zusammenwachsen können.

Was wir in unserer Stadt benötigen, ist eine konkrete Vorstellung davon, wie wir ein besseres Miteinander erreichen können, daher auch unser Arbeitskreis und unser Ausschuss. Hierfür wurde vor zwei Jahren, auch wenn das sehr unangenehm klingen mag, der Aktionsplan zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus als gute Grundlage auf den Weg gebracht. Wie in unserem Antrag NR 231 dargelegt wird, sind wir der Auffassung, dass es ein guter erster Schritt wäre, wenn der Magistrat fortlaufend und zumindest einmal im Jahr berichten würde, was er zur Umsetzung des Aktionsplans unternommen hat. Dies würde das Thema regelmäßig in das öffentliche Bewusstsein rücken und eine Debatte darüber anstoßen, was die Stadt denn konkret tun kann, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

Mit dem Aktionsplan wurde auch ein spezielles Förderungsprogramm gegen Rassismus und Extremismus beschlossen, dass unter anderem Mittel für Projekte zur Demokratieförderung sowie für den Ausbau der politischen Bildung in Schulen und in der Erwachsenenbildung vorsieht. Darauf kann man doch weiter aufbauen. Ich möchte auch positiv benennen, dass es schon Akteure in Frankfurt gibt, die positive Arbeit leisten, seien es das Weltkulturenmuseum, das Jüdische Museum, die Bildungsstätte Anne Frank, der Verein für Kultur und Bildung, religiöse Gemeinden oder das AmKA, um nur einige Akteure zu nennen.

lierung schlicht und einfach eine Anmaßung. Sprache unterliegt gesellschaftlichen Entwicklungen. Das ist nun einmal so. Die Gesellschaft entscheidet letztendlich, was akzeptabel ist und was nicht, aber nicht Parlamente entscheiden, was sprachlich akzeptabel ist. Wenn der Staat anfängt, Sprachregulierung zu betreiben, dann ist das brandgefährlich. Staatliche Sprachregulierung ist für gewöhnlich ein Zeichen von totalitären Systemen. Sie öffnen hier die Büchse der Pandora. Davor kann ich nur dringend warnen. Was Sie hier machen, ist brandgefährlich.

(Beifall)

Noch ein letztes Wort zum Antragsteller: Die FRAKTION hat hier nur ein Ziel, sie will die Koalition vorführen. Das kann man machen. Das ist im parlamentarischen Betrieb jetzt nichts so Ungewöhnliches. Nur soll man sich dann nicht so hier hinstellen und so tun, als würde man aus moralischen Gründen handeln. Das ist lächerlich, das ist eine moralische Selbstüberhöhung, die gerade Ihnen überhaupt niemand abnimmt. Ich sage nur so viel: Wer moralisch auf einem hohen Ross sitzt, muss aufpassen, dass er nicht tief fällt.

Vielen Dank!

(Beifall)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Dr. Christoph Rosenbaum:**

Als Nächstes hat Herr Stadtverordneter Schwichtenberg von der Gartenpartei das Wort. Bitte!

**Stadtverordneter Tilo Schwichtenberg,
Gartenpartei:**

Große Worte sind hier gefallen: „Entmenschlichung“, „Ausgrenzung“, die Solidarität vermissen lassen. Ausgesprochen hat sie Herr Nico Wehnenmann. Ich finde, es grenzt niemand mehr aus als er, wenn es um die letzten zwei Jahre geht und um diese Pandemie.

(Beifall)

Ich habe es persönlich erfahren. Ich werde auch als Nazi beschimpft, und nur, weil ich eure Gesundheitspolitik nicht unterstütze, grenzt ihr aus, dass es nur so knallt. Also da setzt es echt aus: „Ausgrenzung“, „Entmenschlichung“. Schaut doch einmal, wie ihr mit mir umgeht.

(Zurufe)

Ja, schlimm. Danke!

(Beifall)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Dr. Christoph Rosenbaum:**

Als Nächste hat Frau Stadtverordnete Ditfurth das Wort. Bitte schön!

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-
ELF:**

Noch einmal einen schönen guten Abend! Das ist der zweite Teil. Ich kann dem Nazi von der AfD versprechen, dass ich Nazis immer Nazis nennen werde und nie das N-Wort verwenden werde.

(Beifall)

Ich fahre fort, wo ich war. Ein deutscher Kolonialarzt schlug übrigens in der deutschen Musterkolonie Togo 1902 vor, dass man sich anstatt des Gehirns die Muskulatur des Schwarzen dienstbar zu machen hätte, oder wenn man schon seinen Schädel verwerten wolle, ...

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Dr. Christoph Rosenbaum:**

Frau Ditfurth, ich muss Sie kurz unterbrechen wegen einer kleinen Rüge. Sie haben das Wort „Nazi“ verwendet. Das muss ich jetzt eben erwähnen.

(Beifall, Zurufe)

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ELF:
(fortfahrend)

Die AfD hat sich vor Jahren selbst als „Nazi-Partei“ bezeichnet, das habe ich nur gerne übernommen, weil sie da einmal recht hatten. Kann ich jetzt weiterreden?

... solle man diesen schwarzen Menschen mit Trägerlasten überhäufen, anstatt seinen Kopf mit Kulturbegriffen zu beladen. Deutsche Kolonialärzte machten auch in dieser Musterkolonie Togo Menschenexperimente an schwarzen Menschen, die mit Gewalt zusammengeschieben wurden, und sie starben auch in Massen. Zitat eines Arztes: „Das Prinzip unserer Behandlungsmethode ist nicht, die Kranken zu heilen, sondern sie unschädlich zu machen.“ Das war 1911, noch vor dem Ersten Weltkrieg.

Wenn wir also hören müssen, dass unsere mutige Kollegin Mirrienne Mahn in einem Frankfurter Krankenhaus - sie hat es auf Instagram erzählt, es wurde 1,2 Millionen Mal aufgerufen, sehr mutig von ihr - als Patientin nach einer Operation vom Arzt rassistisch beleidigt wurde, als „Afrikanerin“ angesprochen, die besonders viel Schmerz vertragen und deshalb keine Schmerzmittel brauchen, können wir uns aussuchen, ob der Arzt zu viel Kant, Arendt, Steiner oder gleich Naziliteratur gelesen hat. Mirrienne hat unsere herzlichste Solidarität.

(Beifall)

Schwarze Menschen und People of Color unterliegen noch heute in Deutschland einem komplexen und vielschichtigen System rassistischer Stigmatisierung. Ihre sozialen und individuellen Unterschiede, ihr Charakter, ihre Ausbildung, Fähigkeiten, Interessen, Einstellungen, ihr Alter und Geschlecht werden alle in einen rassistischen Stereotypentopf gerührt und spielen bei der Betrachtung schwarzer Menschen bei Rassisten überhaupt keine Rolle.

Das Mindeste, das Allermindeste, was wir tun können, ist, rassistische Begriffe wie das N-Wort und das M-Wort zu ächten, hier im Parlament und in der Stadt Frankfurt, und auf die Konflikte in dieser Stadt über diese Frage offensiv einzugehen, sodass das Symboli-

sche sich in materielle Gewalt umsetzt. Dann hat es Wirkung. Das ist das Mindeste.

Vielen Dank!

(Beifall)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Dr. Christoph Rosenbaum:**

Als Nächstes hat Herr Stadtverordneter Bakakis von der GRÜNEN-Fraktion das Wort. Bitte sehr!

**Stadtverordneter Dimitrios Bakakis,
GRÜNE:**

Herr Vorsitzender,
werte Kolleginnen!

Keine Sorge, ganz kurz nur: starke Reden zum Teil, Jutta, zum Teil aber auch unerträgliche, Herr Fuchs.

(Beifall)

Ich bin mir nicht ganz sicher, was für die antragstellende Fraktion hier im Vordergrund steht. Geht es dir tatsächlich um die Sache und nur um die Sache, Nico? Ist das dann das richtige Vorgehen? Oder geht es hier nicht doch vielmehr darum, uns vorzuführen, zu quälen und uns zu spalten? Letzteres wäre ja ausgesprochen schäbig, wenn dem so wäre, dass ihr dieses wichtige Thema für eure Zwecke instrumentalisiert.

(Beifall)

Schön, dass du auch klatschst. Danke! So oder so, einen Keil in die Koalition zu treiben, das wird dir hier nicht gelingen. Wir stimmen für die Zurückstellung des vorliegenden Antrags, weil wir einen eigenen Antrag in Arbeit haben. Und ja, dafür nehmen wir uns die nötige Zeit. Da lassen wir uns von euch nicht treiben und auch nicht hetzen. Und nein, Nico, wir werden hier auch ganz sicher nicht über die Stöckchen springen, die du uns hältst. Eine Zurückstellung ist eine Zurückstellung und keine Ablehnung. Punkt! Auch wenn du versuchst, das hier so umzudeuten.